

## Massendemos für AfD-Verbot: 60 Städte im Kampf gegen Rechts!

Am Aktionstag demonstrieren Tausende in Deutschland gegen Rechtsextremismus und fordern ein AfD-Verbot.



**Brandenburger Tor, 10117 Berlin, Deutschland** - Am Sonntag, den 11. Mai 2025, fanden in zahlreichen deutschen Städten Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und für ein Verbot der Alternative für Deutschland (AfD) statt. Die Aktionen wurden von dem Netzwerk „Zusammen gegen Rechts“ sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen organisiert. In Berlin, wo die zentrale Kundgebung am Brandenburger Tor stattfand, schätzte die Polizei die Teilnehmerzahl auf rund 4.000, während die Veranstalter von etwa 7.500 Demonstrierenden berichteten. In München gingen laut Polizei etwa 2.500 Menschen auf die Straße.

Insgesamt waren Kundgebungen in mehr als 60 Städten geplant.

Die Organisatoren forderten die Politik auf, ein Verbotsverfahren gegen die AfD einzuleiten und betonten, dass die Frage nach einem Parteiverbot eine juristische Angelegenheit sei. Diese Proteste wurden vor dem Hintergrund der Einstufung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ deutlich kritischer wahrgenommen. Die AfD wehrt sich gegen diese Einstufung mit einem Eilantrag, dessen Ausgang abgewartet werden muss, da die neue Einordnung bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln auf Eis gelegt wurde und die Partei vorerst als Verdachtsfall gilt. **Tagesspiegel**

## **Rechtsextremismus im Aufwind**

Die aktuelle Situation wird durch die Zahlen des Verfassungsschutzes untermauert. So lag das Personenpotenzial der gewaltorientierten Rechtsextremisten im Jahr 2023 bei etwa 14.500. Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Personen belief sich auf 40.600, was einen Anstieg um 1.800 Personen im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Diese Zunahme spiegelt sich auch in der Kriminalstatistik wider, in der die rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 2023 auf 25.660 Delikte anstiegen, was einem Zuwachs von 22,4 % im Vergleich zu 2022 entspricht.

Besonders alarmierend ist der Anstieg der rechtsextremistischen Gewalttaten, der mit 1.148 Fällen ein Plus von 13,0 % im Vergleich zu 2022 darstellt. Zudem wurden 874 Körperverletzungsdelikte mit fremdenfeindlichem Hintergrund registriert, was einem Anstieg von 16,4 % entspricht. Das Thema Migration und Asyl gewinnt zunehmend Bedeutung für Rechtsextremisten, die Krisen, wie den Terrorangriff der Hamas, nutzen, um ihre Narrative zu verbreiten. **Verfassungsschutz**

## **Demonstrationen als Zeichen des Widerstands**

Die Demonstrationen am Sonntag verdeutlichten das wachsende gesellschaftliche Engagement gegen die rechtsextremen Tendenzen in Deutschland. Veranstalter und Teilnehmer forderten eindringlich ein rechtliches Handeln gegen die AfD, um die demokratischen Grundwerte zu schützen. Die hohe Teilnehmerzahl und die Vielzahl der Städte, in denen demonstriert wurde, zeigen, dass ein breiter Konsens gegen Rechtsextremismus besteht. Angesichts der steigenden Zahlen von rechtsextremistischen Aktivitäten ist der Druck auf die politischen Entscheidungsträger größer denn je.

Die Ereignisse des Aktionstags und die statistischen Erhebungen verdeutlichen, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Deutschland weiterhin eine zentrale Herausforderung darstellt, die nicht ignoriert werden kann.

Details	
<b>Vorfall</b>	Demonstration
<b>Ort</b>	Brandenburger Tor, 10117 Berlin, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.tagesspiegel.de">www.tagesspiegel.de</a></li><li>• <a href="http://www.verfassungsschutz.de">www.verfassungsschutz.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**